



Die Beziehungen zwischen Grönland und den Vereinigten Staaten haben sich weiter verschärft. Der grönländische Premierminister Múte B. Egede reagierte gestern empört auf eine geplante Delegation hochrangiger US-Beamter, die diese Woche nach Grönland reisen soll. Er bezeichnete den Besuch als «hochaggressiv».

Der Versuch der Grönländer, diplomatisch zu bleiben, pralle an Donald Trump und seiner Regierung ab, sagte Egede. Deren einziges Ziel sei es, «Grönland zu besitzen und zu kontrollieren». Besonders kritisierte er die geplante Teilnahme von Michael Waltz, dem nationalen Sicherheitsberater, dessen Anwesenheit lediglich dazu diene, «Macht über uns zu demonstrieren». Auch Usha Vance, die Ehefrau des Vizepräsidenten, soll Grönland besuchen.

Präsident Trump hatte zuvor angekündigt, Grönland «so oder so» in die Vereinigten Staaten eingliedern zu wollen. Innerhalb der grönländischen Bevölkerung wächst das Misstrauen gegenüber den wahren Absichten Washingtons. Bislang hatten sich viele grönländische Regierungsvertreter um einen Balanceakt bemüht: Sie wollten ihre Souveränität betonen, ohne Trump zu provozieren.

Die US-Regierung hingegen stellte die geplante Reise als freundlichen Besuch dar. In einer Mitteilung hieß es, Usha Vance werde eines ihrer Kinder mitbringen und an einem nationalen Hundeschlittenrennen teilnehmen.

Israelische Streitkräfte weiten Offensive im Gazastreifen aus

Im Norden und Süden des Gazastreifens intensiviert das israelische Militär seine Militäroperationen. Truppen nahmen zusätzliche Gebiete ein und ordneten Evakuierungen in Regionen an, in die erst kürzlich vertriebene Menschen zurückgekehrt waren. Laut israelischem Militär richteten sich die Luftangriffe gegen Ziele und Infrastruktur der Hamas.

Die Zivilschutzbehörde im Gazastreifen warnte vor einer «unmittelbaren Gefahr für das Leben» von Zehntausenden in der Stadt Rafah. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza hat die Zahl der Todesopfer seit Beginn des Kriegs mittlerweile die Marke von 50.000 überschritten. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien 39 Menschen bei israelischen Angriffen ums Leben gekommen.



Politisch sorgt eine Entscheidung der israelischen Regierung für zusätzliche Spannungen: Das Kabinett sprach der Generalstaatsanwältin das Vertrauen ab – der erste Schritt hin zu ihrer möglichen Absetzung. Diese erklärte, die Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu versuche, sich «über das Gesetz zu stellen». Netanjahu wiederum wirft ihr vor, gezielt gegen ihn zu arbeiten.

Annäherungsgespräche zwischen der Ukraine und den USA in Saudi-Arabien

Vertreter der ukrainischen Regierung trafen sich gestern mit US-Delegierten in Saudi-Arabien, um über einen möglichen begrenzten Waffenstillstand im Krieg mit Russland zu sprechen. Für heute sind auch Gespräche zwischen russischen und amerikanischen Unterhändlern angesetzt.

Im Zentrum der Gespräche in Riad steht die Umsetzung einer befristeten Einstellung von Angriffen auf Energieinfrastruktur, auf die sich beide Seiten in der Vorwoche verständigt hatten. Zudem geht es um Sicherheitsfragen im Schwarzen Meer. Ein ukrainischer Regierungsvertreter kündigte an, dass möglicherweise weitere Gespräche mit den USA am heutigen Tag folgen könnten.

Der Weg zu einem Waffenstillstand bleibt jedoch unsicher. Beide Seiten betonen ihre Gesprächsbereitschaft. Moskau beharrt allerdings weiterhin auf Maximalforderungen – unter anderem auf die Kontrolle besetzter Gebiete und die Zusicherung, dass die Ukraine niemals der NATO beitrifft. Die Regierung in Kiew lehnt diese Bedingungen entschieden ab und wirft dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor, lediglich Zeit gewinnen zu wollen.

Währenddessen reißen die Angriffe nicht ab: Bei einem massiven Drohnenangriff auf Kiew wurden nach offiziellen Angaben mindestens drei Menschen getötet. Russland hat in den vergangenen Monaten die Intensität seiner Angriffe auf die ukrainische Hauptstadt deutlich erhöht.



Weitere Schlagzeilen weltweit

- **Kanada:** Premierminister Mark Carney hat Neuwahlen für den 28. April angesetzt – nur zehn Tage nach seiner Vereidigung.
- **Südkorea:** Premierminister Han Duck-soo wurde nach einem Urteil des Verfassungsgerichts wieder als amtierender Präsident eingesetzt. Das Gericht hatte seine Amtsenthebung für ungültig erklärt.
- **Vatikan:** Papst Franziskus, sichtbar geschwächt, zeigte sich kurz auf dem Balkon eines Krankenhauses in Rom und grüßte Hunderte von Gläubigen.
- **Türkei:** Der Bürgermeister von Istanbul, einer der schärfsten Widersacher von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, wurde inhaftiert und seines Amtes enthoben – ein schwerer Rückschlag für seine vermutete Präsidentschaftskandidatur.
- **Großbritannien:** Die Regierung hat eine Untersuchung zum Großbrand am Flughafen Heathrow eingeleitet, der seit Freitag den Betrieb erheblich beeinträchtigt.
- **Kino:** Disneys neue Verfilmung von «Schneewittchen» startete mit enttäuschenden Zahlen an den US-Kinokassen.

Von Andreas Brucker

Quellen: New York Times, Al Jazeera, BBC, Reuters, Jerusalem Post, CNN, CBC, Korea Herald, Vatican News, Hürriyet Daily News